

Paradoxien von Freiheit und Sicherheit im Liberalismus

Katrin Meyer

»Freiheit« und »Sicherheit« sind zentrale Topoi im politischen Diskurs der Gegenwart. Beide Begriffe verweisen auf lebensweltliche Intuitionen eines guten Lebens, die sich jedoch der Tendenz nach ausschließen und unterschiedliche politische Positionierungen markieren.¹ Insbesondere für liberales Denken ist die Grundhaltung prägend, staatliche Eingriffe in die Privatsphäre, die zum Nutzen von Sicherheit, Glück und Wohlfahrt legitimiert werden, im Namen einer Freiheit zurückzuweisen, die sich als individuelle und »negative« Freiheit gegen staatliche Bevormundung und Beherrschung richtet.² Wie präsent der Gegensatz von (negativer) Freiheit und (staatlich organisierter) Sicherheit bis heute ist, haben nicht zuletzt die heftigen Debatten und Polemiken rund um die staatlichen Corona-Maßnahmen in Europa und den USA deutlich gemacht, die unter dem rhetorischen Banner der Verteidigung der individuellen Freiheit geführt wurden.

Allerdings erweist eine genauere Betrachtung, dass der Topos des Gegensatzes von Freiheit und Sicherheit mehr verdeckt als erhellt. Wie im Folgenden zu zeigen ist, dient der Rekurs auf Freiheit im liberalen Denken nicht nur zur Ablehnung, sondern auch zur Rechtfertigung von staatlichen und außerstaatlichen Sicherheitsmaßnahmen. Sicherheit begegnet demnach als Konstitutions- und Gegenbegriff von liberaler Freiheit.

Dass dieser widersprüchliche Zusammenhang im politischen Alltagsdiskurs wenig erkannt ist, hängt auch mit der Umstrittenheit und Mehrdeutigkeit beider Begriffe zusammen. Freiheit und Sicherheit sind in westlichen Gesellschaften intuitiv zugängliche und affektiv aufgeladene, zugleich aber mehr-

1 Voigt: Sicherheit versus Freiheit.

2 Mill: Über die Freiheit; Berlin: Freiheit; Shklar: Der Liberalismus der Furcht.

deutige Orientierungsbegriffe.³ Der politische Streit darüber, ob Freiheit *oder* Sicherheit das wichtigere Gut ist, transportiert daher nicht nur eine Vielfalt an Konnotationen, sondern impliziert immer auch den Versuch, einem je spezifischen Sinn der beiden Begriffe hegemoniale Bedeutung zu verleihen.

Im Folgenden wird anhand von zwei Diskurstraditionen aus dem Bereich liberaler Staatstheorie und Ideengeschichte analysiert, wie der Gegensatz *und* die Verbindung von Freiheit und Sicherheit das politische Denken des Liberalismus kennzeichnen, welche Bedeutungen sich dabei verfestigen und welche paradoxen Effekte damit verbunden sind. Die Einsicht, dass Freiheit und Sicherheit in liberalen Denktraditionen auf eine höchst widersprüchliche Weise aufeinander bezogen sind, legt nahe, alternative Konzeptionen von Freiheit und Sicherheit zu suchen, die sich in ihrer politischen Umsetzung nicht in ihr Gegenteil verkehren.

Die Rechtfertigung von Unfreiheit im Namen der Freiheit: der liberale Sicherheitsstaat

Eine für den liberalen Gegensatz von Freiheit und Sicherheit wirkmächtige Referenz ist die Theorie des Gesellschaftsvertrags von John Locke. Nach Locke haben Menschen einen naturrechtlich begründeten Anspruch, im Rahmen des »Gesetzes der Natur« »über ihren Besitz und ihre Persönlichkeit so zu verfügen, wie es ihnen am besten scheint, ohne dabei jemanden um Erlaubnis zu bitten oder vom Willen eines anderen abhängig zu sein.«⁴ Mit dieser Bestimmung der Freiheit, die sich zentral auf das Recht auf Eigentum an sich selbst und am eigenen Besitz abstützt, formuliert Locke zentrale Eckwerte eines liberalen Freiheitsverständnisses, auch wenn – oder gerade weil? – dieses Grundrecht bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf den engen Kreis der männlichen, besitzenden, nicht-versklavten und nicht-kolonisierten Bürger eingeschränkt bleibt.⁵

So wichtig die Freiheit für Locke als zentrale politische Kategorie ist, so unverzichtbar bleibt aber auch für ihn die staatlich garantierte Sicherheit. Tatsächlich bilden Menschen nach Locke ein Staatswesen einzig mit der Absicht,

3 Münkler: Sicherheit und Freiheit.

4 Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung, S. 201.

5 Patemann/Mills: Contract and Domination.

»zum gegenseitigen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheiten und ihres Vermögens⁶ sich zusammenzuschließen und ihr Eigentum im Kontext miteinander konfligierender Ansprüche vor Übergriffen zu verteidigen. Daher ist der Staat auch nach Locke berechtigt, auf zwangsbewehrte Gesetze und Gewalt und das Recht der Prärogative zurückzugreifen, um die Erhaltung der Freiheit als oberstes Staatsziel zu garantieren.⁷ Locke übernimmt damit ein Verständnis von Sicherheit, das bereits Thomas Hobbes zur Legitimation staatlichen Handelns eingeführt hat und das Staatlichkeit bis in die Gegenwart normativ begründet.⁸ Demnach erscheint die Ausübung des Rechts, frei über sich und seinen Besitz zu verfügen, nicht denkbar ohne eine staatliche Zwangsgewalt, die dieses Recht vor Gefahren von Innen und Außen schützt und eine stabile Ordnung sichert.⁹

Was also im liberalen Narrativ auf den ersten Blick als Entscheidung für die Freiheit des Individuums erscheint, erweist sich auf den zweiten Blick als Rechtfertigung staatlicher Zwangsgewalt. Vor diesem Hintergrund greift der Gegensatz von Freiheit und Sicherheit systematisch zu kurz, da individualistische Freiheitsansprüche immer auch mit dem Problem konfrontiert sind, die Ansprüche der einen gegen die der anderen verteidigen zu müssen. Nach Marx' hellsichtiger Analyse kämpfen sich liberale Gesellschaften an dieser schier unlösbaren Aufgabe ab, freie Individuen, die einander als wechselseitige Bedrohung wahrnehmen, in einer Gemeinschaft ohne Zwang verbinden zu wollen.¹⁰

Die Paradoxie dieser Aufgabe und deren Lösung zeigt sich exemplarisch an jenen libertären Sozialtheorien, die dem negativen und individualistischen Freiheitsmodell besonders kompromisslos folgen. In diesen Ansätzen entwickelt sich als Kehrseite einer uneingeschränkten Eigentumsfreiheit ein radikal repressives, d.h. freiheitseinschränkendes Modell staatlicher Sicherheit. Der libertäre Staat hat zwar als »Ultraminimalstaat¹¹ nur wenig Kompetenzen, diese konzentrieren sich aber zur Verteidigung der Eigentumsrechte auf den

6 Locke: Zwei Abhandlungen über die Regierung, S. 278, Herv. i.O.

7 Ebd., Kap.9, Kap.14.

8 Hobbes: Leviathan; Conze: Sicherheit, Schutz.

9 Zum Verständnis von negativer und positiver Sicherheit vgl. Conze: Geschichte der Sicherheit, S. 39.

10 Marx: Zur Judenfrage.

11 Nozick: Anarchie, Staat, Utopia, S. 38.

Ausbau von Justiz, Polizei und Militär. Mit dieser Aufwertung staatlicher Sicherheitsorgane machen sich libertäre Staatskonzeptionen anschlussfähig für neokonservative oder gar autoritäre politische Strömungen.¹² Was sie verbindet, ist die Hochschätzung einer militaristischen Konzeption von Sicherheit, die zur Erhaltung und Durchsetzung einer bestehenden Ordnung unverzichtbar erscheint. Dabei richten sich die Zwangsmaßnahmen staatlicher Sicherheitsapparate in Geschichte und Gegenwart mehrheitlich gegen soziale Minderheiten, Besitzlose und Menschen auf der Flucht, die als Bedrohung der bestehenden (Eigentums-)Ordnung wahrgenommen werden.¹³ Im Kontext dieser ungleichen Anerkennung liberaler Freiheitsrechte, die in den meisten liberalen Gesellschaften gegenwärtig zu beobachten ist, bedeutet »Freiheit« – wie schon bei Locke – zwar theoretisch ein allgemeines Menschenrecht, wird aber faktisch zum »Distinktionsmerkmal« einer privilegierten Gruppe.¹⁴ Diese Herstellung ungleicher legitimer Freiheit macht beispielhaft deutlich, wie der Sicherheitsstaat zur Verteidigung der Freiheit freiheitseinschränkende Maßnahmen instituiert und rechtfertigt, wobei der Widerspruch dieses Zusammenshangs umso weniger deutlich wird, je stärker das Recht auf Freiheit und der Zwang zur Unfreiheit auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen verteilt werden.

Die Produktion von Unsicherheit im Namen der Sicherheit: das liberale »Sicherheitsdispositiv«

Die Analyse des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit im Liberalismus bleibt allerdings verkürzt, wenn sie sich nur auf das Feld traditioneller Staatlichkeit beschränkt. Darauf hat insbesondere Michel Foucault in seinen Studien zur Geschichte der »Gouvernementalität« aufmerksam gemacht.¹⁵ Nach Foucault ist das moderne liberale Denken grundsätzlich daran interessiert, staatliches Regieren zu begrenzen.¹⁶ In diesem Kontext entwickeln sich im 19. und 20. Jahrhundert im Rahmen der politischen Ökonomie des

12 Brown: American Nightmare.

13 Davis: Are Prisons obsolete? Hall et al.: Policing the Crisis; Meyer/Purtschert: Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung.

14 Bigo: Delivering Liberty and Security?

15 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I.; Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II.

16 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II, S. 29–24.

Kapitalismus neue Verwaltungs- und Steuerungstechniken als Basis für eine liberale »Regierungskunst«¹⁷.

Im Zentrum dieser gubernementalen Machttechniken, die Foucault als »Sicherheitsdispositiv«¹⁸ bezeichnet, steht nicht der Schutz der Freiheit als Verfügungsrecht über das persönliche Eigentum, sondern die Sicherstellung der Voraussetzungen dafür, dass sich die »natürlichen«, an Selbsterhaltung und Eigennutz orientierten, Interessen der Individuen frei entfalten können. Das Grundprinzip des Sicherheitsdispositivs ist entsprechend das »Machen-Lassen«, das *Laissez-Faire*¹⁹, wobei es zu verhindern gilt, dass die Entfaltung der Freiheiten außer Kontrolle gerät oder ökonomisch unproduktiv wird. Es ist demnach gemäß Foucault für liberales Regieren entscheidend, das faktische Verhalten der Individuen zu kennen und statistisch zu erfassen, um daraus die »Grenzen des Akzeptablen« abzuleiten²⁰, und zugleich Anreizstrukturen zu entwickeln, um die egoistischen Interessen, wie sie in der Rationalität des *Homo oeconomicus* verkörpert sind, in die richtigen Bahnen zu lenken.²¹

Im Kontext dieser gubernementalen Freiheitstechnologien bekommt »Sicherheit« eine neue Bedeutungsdimension. Sie verliert ihre ausschließlich repressive, auf Verteidigung und Unterdrückung von Gefahren ausgerichtete Funktion und wird zur Bezeichnung für produktive Technologien der Steuerung, Modellierung und Bewirtschaftung der Zukunft.²² Dazu gehören unter anderem disziplinierende Maßnahmen, die im Sinne von Jeremy Bentham's Panopticon das Verhalten von Individuen kontrollieren und normieren, aber auch Techniken zur Stimulierung von unternehmerisch denkenden Individuen, die im Sinne des U.S.-amerikanischen Neoliberalismus ihre Freiheit als »Humankapital« nutzen sollen.²³

In diesen Techniken manifestiert sich ein neuer Umgang mit Gefahren, insofern sie als unvermeidliche Kehrseite individueller Freiheiten (an-)erkannt und systematisch in das Sicherheitsdispositiv integriert werden. So spricht Thomas Lemke bezogen auf das neoliberalen Sicherheitsdispositiv von »Disp-

17 Ebd., S. 94.

18 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I, S. 19.

19 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II, S. 40.

20 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I, S. 20.

21 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II.

22 Meyer: Kritik der Sicherheit.

23 Foucault: Geschichte der Gouvernementalität I.; Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II.

sitiven der Unsicherheit«²⁴. Das »Un« verweist nicht nur auf die in Kauf genommenen prekären Verhältnisse, unter denen viele Menschen in neoliberalen Ökonomien leben, sondern es lässt sich auch systematisch deuten als Hinweis auf ein Verständnis liberalen Regierens, das mit der Ungewissheit über die Folgen eines »unternehmerischen« Handelns ökonomisch rechnet und diese Unsicherheit zu kapitalisieren versucht. Deutlich schlägt sich dieser Zusammenhang im Begriff des »Risikos« nieder, der zu einem Leitbegriff (neo-)liberaler Gesellschaften wird und in dem sich »Chance und Gefahr«²⁵ miteinander verbinden. Entsprechend ist die adäquate Sicherheitstechnologie des Risikos die »Versicherung«, durch die mögliche Schäden und Unfälle nicht vermieden, sondern im Fall ihres Eintreffens kompensiert werden. Für François Ewald repräsentiert die Versicherung »den realen Kern der modernen Gesellschaften«²⁶. Die Versicherung als »Tochter des Kapitals«²⁷ ermöglicht, dass das riskante Spiel der Freiheit in seinen Ermöglichungsbedingungen abgesichert wird. Zugleich schlägt es aus der Unsicherheit Profit, da Versicherungsleistungen umso stärker nachgefragt werden, je riskanter die Menschen ihre Freiheit (er-)leben.

Aus der Perspektive des (neo-)liberalen Subjekts, das seine Freiheit im Modus des Risikos ausleben muss und sich gegen Gefahren nur versichern lassen, aber nicht schützen kann, nähern sich Sicherheit und Unsicherheit einander an. Dabei ist fraglich, ob das Konzept individueller Freiheit unter diesen Bedingungen ihr emphatisches Potenzial einer Freiheit vor Fremdbestimmung noch bewahren kann. Tatsächlich zwingt die Risikologik der Freiheit das liberale Individuum nicht nur dazu, sich der Unsicherheit auszusetzen, sondern es muss sich zugleich den Regeln der Gesellschaft und des Marktes unterwerfen, um überhaupt das (riskante) Spiel der Freiheit und das (unsichere) Versprechen auf Sicherheit in Anspruch nehmen zu können.²⁸ Definitiv keinen Schutz bietet das gubernementale Sicherheitsdispositiv dabei jenen Menschen, die von der Funktionslogik des Sicherheitsdispositivs nicht erfasst werden und damit Freiheit *und* Sicherheit, so riskant und prekär sie sein mögen, verlieren.²⁹

24 Lemke: Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus.

25 Beck: Weltrisikogesellschaft, S. 19.

26 Ewald: Die Versicherungs-Gesellschaft, S. 385.

27 Ebd., S. 386.

28 Ewald: Die Versicherungs-Gesellschaft.

29 Meyer: Gouvernementale Sicherheit.

Auswege aus dem schlechten Zirkel von (Un-)Freiheit und (Un-)Sicherheit

Die bisher erläuterten Konstellationen von Freiheit und Sicherheit in der Theoriegeschichte des Liberalismus und Neoliberalismus machen auf ein systematisches Problem aufmerksam, das erst deutlich wird, wenn die Begriffe von ihrer abstrakten Bedeutung abgelöst und in ihren theoretischen und praktischen Konsequenzen rekonstruiert werden. Dann zeigt sich, dass eine liberale Politik, die sich ausschließlich an der Absicherung einer individualistisch und negativ gefassten Freiheit orientiert, paradoxe – das heißt widersprüchliche – Effekte zeitigt. Sie verfängt sich in ihrem politischen Vollzug in einer Dynamik, die ihre eigenen Ziele gefährdet: Sei es, dass sie einen Sicherheitsstaat und seine repressiven Gewaltapparate rechtfertigt oder dass sie Freiheit nur um den Preis der Unsicherheit und Unterwerfung unter die Gesetze des freien Marktes ermöglicht. Tatsächlich ist diese Alternative – insbesondere unter aktuellen Bedingungen – nur eine scheinbare, da sich beide Regierungsformen in Theorie und Praxis ergänzen. So lässt sich derzeit nicht nur, aber auch in den USA und Europa, als Tendenz beobachten, dass je stärker das neoliberalen Sicherheitsdispositiv die Institutionen der Gesellschaft dominiert und weite Teile der (Welt-)Bevölkerung sozialer und ökonomischer Unsicherheit und Prekarität aussetzt, umso lauter der Ruf jener wird, die nach dem Sicherheitsstaat und dem Ausbau repressiver Sicherheitsapparate verlangen, um sich vor den politischen Folgen neoliberal induzierter Unsicherheit zu schützen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es dringlich, nach politischen Konzeptionen von Freiheit und Sicherheit zu suchen, die diese paradoxen Dynamiken vermeiden und gleichzeitig die lebensweltliche Intuition retten, wonach die persönliche Gestaltungsfreiheit und der Schutz des Lebens wichtige Güter sind. Freiheit und Sicherheit müssen demnach mit einem komplexeren Verständnis von menschlichen Bedürfnissen und sozialen Interaktionsformen, gruppenspezifischen Verletzbarkeiten und historisch gewachsenen Macht- und Gewaltverhältnissen verknüpft werden.³⁰ Dabei erweisen sich politische Konzeptionen von Sorge, Selbstsorge und Solidarität als wichtige Ansatzpunkte, um die konstitutiven Voraussetzungen und normativ ausgezeichneten Vollzugsformen von Freiheit und Sicherheit so zu denken, dass

³⁰ Butler: Geschlechterpolitik und das Recht zu erscheinen; Loick: Das Grundgefühl der Ordnung, das alle haben; Mama: Beyond Survival.

Freiheit nicht mit individualistischen Eigentumsrechten und unternehmerischem Risiko und Sicherheit nicht mit repressiver staatlicher Gewalt und der Versicherung von Unsicherheit gleichgesetzt werden.

Literatur

- Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt a.M. 2007.
- Berlin, Isaiah: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt a.M. 2006.
- Bigo, Didier: »Liberty and Security? The Reframing of Freedom When Associated with Security«, in: Didier Bigo/Sergio Carrera/Elsbeth Guild/Rob B.J. Walker (Hg.), Europe's 21st Century Challenge. Delivering Liberty, London/New York 2010, S. 263–289.
- Brown, Wendy: »American Nightmare. Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization«, in: Political Theory 34, Nr. 6 (2006), S. 690–714.
- Butler, Judith: »Geschlechterpolitik und das Recht zu erscheinen«, in: Judith Butler (Hg.), Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin 2016, S. 37–89.
- Conze, Eckart: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven, Göttingen 2018.
- Conze, Werner: »Sicherheit, Schutz«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Band 5, Stuttgart 1984, S. 831–862.
- Davis, Angela : Are Prisons obsolete? New York 2003.
- Ewald, Francois: »Die Versicherungs-Gesellschaft«, in: Kritische Justiz 22, Nr. 4 (1989), S. 385–393.
- Foucault, Michel: »Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France (1977–1978)«, in: Michel Sennelart (Hg.), Frankfurt a.M. 2004.
- Foucault, Michel: »Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France (1978–1979)«, in: Michel Sennelart (Hg.), Frankfurt a.M. 2004.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian: Policing the Crisis: Mugging, The State and Law and Order, London 1978.
- Hobbes, Thomas: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates (1651), hg. von Iring Fettscher, Frankfurt a.M. 1984.

- Lemke, Thomas: »Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus«, in: *Widerspruch* 46 (2004), S. 89–98.
- Locke, John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung* (1690), hg. von Walter Euchner, Frankfurt a.M. 1977.
- Loick, Daniel: »Das Grundgefühl der Ordnung, das alle haben. Eine sozialphilosophische Kritik von Sicherheit«, in: Mike Laufenberg/Vanessa Thompson (Hg.), *Versichertheitlichung der Gesellschaft*, Wiesbaden 2021, S. 266–286.
- Mama, Amina: »Beyond Survival: Militarism, Equity and Women's Security«, in: Dick Foeken/Ton Dietz/Leo de Haan/Linda Johnson (Hg.), *Development and Equity. An Interdisciplinary Exploration by Ten Scholars from Africa, Asia and Latin America*, Leiden/Boston 2014, S. 41–68.
- Marx, Karl: »Zur Judenfrage (1844)«, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 1, Berlin 1972, S. 347–372.
- Meyer, Katrin: »Gouvernementale Sicherheit, vergeschlechtlichte Risiken und das feministische Potential geteilter Sorge«, in: Brigitte Bargetz/Gundula Ludwig/Birgit Sauer (Hg.), *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*, Frankfurt a.M./New York 2015, S. 139–160.
- Meyer, Katrin: »Kritik der Sicherheit. Vom gouvernementalen Sicherheitsdenken zur Politik der ›geteilten Sorge‹«, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* 1 (2009), S. 25–40.
- Meyer, Katrin/Purtschert, Patricia: »Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung«, in: Patricia Purtschert/Katrin Meyer/Yves Winter (Hg.), *Gouvernementalität und Sicherheit*, Bielefeld 2008, S. 149–172.
- Mill, John Stuart: *Über die Freiheit* (1859), hg. von Manfred Schlenke, Stuttgart 1974.
- Münkler, Herfried: »Sicherheit und Freiheit. Eine irreführende Oppositionssemantik der politischen Sprache«, in: Herfried Münkler/Mathias Bohlen-Der/Sabine Meurer (Hg.), *Handeln unter Risiko. Gestaltungsansätze zwischen Wagnis und Vorsorge*, Bielefeld 2010, S. 13–32.
- Nozick, Robert: *Anarchie, Staat, Utopia*, München 1974.
- Pateman, Carole/Mills, Charles W. : *Contract and Domination*, Cambridge 2007.
- Purtschert, Patricia/Meyer, Katrin/Winter, Yves (Hg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld 2008.
- Shklar, Judith N.: *Der Liberalismus der Furcht*, Berlin 2013.

Voigt, Rüdiger (Hg.): Sicherheit versus Freiheit. Verteidigung der staatlichen Ordnung um jeden Preis? Wiesbaden 2012.